

## Wilde Horden in einem sorgenvollen Frankreich

### Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Schlimme Nachrichten erreichen uns dieser Tage aus unserem Nachbarland Frankreich: Nicht nur, dass der „Präsident der Banker“ **Emmanuel Macron** schweren Herzens seinen geplanten Staatsbesuch in Deutschland absagen musste, aufgrund der Jugendrevolte nach der Erschießung des 17jährigen Banlieue-Bewohners **Nahel** durch einen Polizisten bei einer Verkehrskontrolle sind nun auch die aktuellen Modenschauen der Haut Couture in Gefahr. Das renommierte **Modehaus Celine** hat bereits ein „Defilee“ abgesagt.

Ebenfalls schwer bedroht ist die gerade begonnene **Tour de France** (in Fachkreisen auch als „Rundfahrt der Dopingsünder“ bekannt). „*Hilferuf in der Wüste*“ betitelte die „**Frankfurter Allgemeine Zeitung**“ am 3.7.2023 den Aufmacherartikel ihres Sportteils und schreibt weiter: „*Nach stimmungsvollen Tagen im Baskenland nimmt die Tour de France Kurs auf Frankreich, wo Unruhen und Gewaltexzesse das Land erschüttern. Das größte Radrennen ist angreifbar wie keine andere Sportveranstaltung.*“

Beängstigendes Fazit: „*Die Lage ist kritisch, auch für die Tour de France (...). Sie kann sich in der Heimat nicht sicher fühlen, zumal sie auch mit Aktionen von Klimaaktivisten rechnen muss.*“ Der zuständige **Gendarmeriechef** versucht zu beruhigen und wird mit den Worten zitiert: „*Unser Ziel ist es, schnell zu reagieren und zu verhindern, dass das Rennen unterbrochen wird.*“

Wie hatte es schon **Traugott von Jagow** (1865 - 1941), der von 1909 bis 1916 Berliner Polizeipräsident war, anlässlich einer geplanten linken Demonstration in seiner Reichshauptstadt so treffend formuliert: „*Die Straße gehört dem Verkehr! Ich warne Neugierige!*“ Der Ultrareaktionär Von Jagow war später beim konterrevolutionären Kapp-Putsch 1920 als Innenminister vorgesehen.

Mit aller Brutalität umgesetzt wurde diese Maxime dann bekanntlich 1929 von Berlins SPD-Polizeipräsidenten **Karl Zörgiebel**, dessen Schergen beim „*Blutmai*“ zur Unterdrückung der verbotenen kommunistischen 1.Mai-Demo 33 Menschen töteten und mehr als 100 verletzten.

Solche **Zörgiebels**, das heißt skrupellose sozialdemokratische Propagandisten und Exekutoren bürgerlichen Polizeiterrors zum Schutz der kapitalistischen Ordnung, gibt es auch heute in Frankreich. Prominentestes Beispiel ist der ehemalige "sozialistische" Innenminister (von Mai 2014 - März 2014) und Regierungschef (April 2014 - Dezember 2016) **Manuel Valls**, der Ende Juni 2017 infolge enttäuschter weiterer Karrierepläne aus der Sozialistischen Partei (PS) austrat und zu Macrons Präsidentenwahlverein LREM wechselte, wo ihm das Glück allerdings

auch nicht holt war. Gegenüber der italienischen Tageszeitung "Corriere della Sera" (vom 2.7.2023) erklärte er nun zur Ermordung von Nahel:

*"Sagen wir es klar und deutlich: Dieser minderjährige Junge hätte das Auto nicht fahren dürfen, und es war nicht das erste Mal, dass er ohne Führerschein gefahren ist. Jetzt müssen wir die Justiz arbeiten lassen, denn die Beamten wenden die legitime Gewalt des Staates an und üben sie unter sehr schwierigen Bedingungen aus."*

Was die mitte-linke Tageszeitung "**"l'Unità"** zu dem erschrockenen Kommentar veranlasste: *"Das sagte nicht etwa der jüngste Vertreter einer rechtsextremen französischen Polizeigewerkschaft. Nein! Der ehemalige Innenminister Manuel Valls sagte dies dem 'Corriere della Sera'. Ein Sozialist!"*

Ähnlich locker wird Monsieur Valls dann wohl auch die Tatsache sehen, dass in Marseille im Zusammenhang mit den militanten Protesten ein Mensch durch die Polizeigewalt getötet wurde. Siehe z.B. die Website der ARD-*"Tagesschau"* vom 5.7.2023: [Ermittlungen zum Tod eines Mannes bei Ausschreitungen in Marseille | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/ermittlungen-zum-tod-eines-mannes-bei-ausschreitungen-in-marseille)

Doch auch der staatlichen Repression sind physische Grenzen gesetzt - die *Flics* sind schließlich auch nur Menschen, wie die „**FAZ**“ ebenfalls am 3. Juli 2023 auf Seite 3 zu berichten weiß: *„Doch bislang wirkt die Regierung ratlos, wie sie die Kontrolle zurückerlangen kann. 45.000 Polizisten sind rund um die Uhr mobilisiert, es heißt viele Beamte seien erschöpft.“*

Tja, es wird gemeinhin unterschätzt, wie anstrengend das dauernde Verprügeln von rebellierenden Jugendlichen, die Verfolgungsjagden in voller Robocop-Montur und die ganzen Massenverhaftungen sind...

Daher haben die Interessenvertreter der *Flics* jetzt reagiert: *„Die Polizeigewerkschaften Alliance und UNSA haben ein Kommuniqué unter der Überschrift ‚Es reicht jetzt‘ veröffentlicht. ‚Angesichts der wilden Horden reicht es nicht, zur Ruhe aufzurufen, man muss sie aufzwingen‘, steht darin.“*

Die ehemals linksliberale „**Süddeutsche Zeitung**“ gelangt in ihrem Kommentar vom 3.7.2023 zu einer ganz anderen Einschätzung: *„Der Präsident selbst wirkt fest, ruhig, besonnen. Das ist umso wichtiger, als der Auslöser der Unruhen weit gravierender ist als 2005.“* Unverkennbar wie neidisch der Autor Thomas Kirchner auf den (vermeintlich) starken Führer jenseits des Rheins schaut, den sich die bürgerliche Journaille auch in Berlin so sehnlichst wünscht. *„Mit ruhiger Hand“*, lautet denn auch der Titel des Kommentars und die Absage oder Verschiebung der *„Wohlfühltermine an Neckar und Elbe“* im Rahmen des zweitägigen Staatsbesuchs sei genau richtig gewesen: *„Das schlingende Schiff braucht Steuermann und Kapitän.“*

Von französischen Linken wird die Lage dann doch deutlich anders gesehen, wie das

sehr lesenswerte folgende **Interview mit dem Soziologen Michel Kokoreff** zeigt (auch wenn wir seine These vom "*faschistischen Moment*" nicht teilen!). Es erschien zuerst in der französischen Online-Zeitung "*Mediapart*" am 30. Juni 2023. Da wir darauf keinen Zugriff bekamen, bieten wir hier die Übersetzung des Textes von der spanischen trotzkistischen Website der "Anticapitalistas" "*Viento Sur*", wo sie am 1.7.2023 veröffentlicht wurde.

Ebenfalls im Anhang und nicht minder interessant ist die vorläufige Bilanz der Unruhen von **Giacomo Marchetti** mit dem Titel "*Frankreich: Die Krämpfe einer Demokratie im Dämmerzustand*", die am 5. Juli 2023 im italienischen Onlinemagazin "*Contropiano*" erschien, das vom Rete dei Comunisti (Netzwerk der Kommunisten) herausgegeben wird, das der größten Basisgewerkschaft USB nahesteht.

Mit solidarischen Grüßen,  
**GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER**  
**5. Juli 2023**

(Siehe dazu im LabourNet Germany das Dossier: [Frankreich: Nach dem polizeilichen Todesschuss auf den 17-jährigen Nahel in Nanterre - vor Verhängung des Ausnahmezustands?](#))

„Viento Sur“ 1. Juli 2023

(Originaltext auf: "Mediapart" am 30 Juni 2023 um 14:05 erschienen.)

Nach Nahels Tod: Aufstand in den Arbeitervierteln  
Gespräch

# **Tod von Nahel: "Die Antworten der Politiker werden entscheidend sein."**

Der Soziologe Michel Kokoreff, Universitätsprofessor in Paris VIII und Spezialist für Arbeiterviertel und ihre Beziehungen zur Polizei, analysiert die Revolte nach dem Tod von Nahel. Seiner Meinung nach hat sich zwischen 2005 und heute nichts wirklich verbessert.

## **Fai za Zeroual a**

Der Soziologe Michel Kokoreff, Professor an der Universität Paris VIII und Autor von "Sociologie des émeutes" (Payot, 2008) und "La Diagonale de la rage" (Divergences, 2022), spricht mit „Mediapart“ über die drei Nächte der Unruhen nach dem Tod von Nahel in Nanterre.

Für ihn, der sich mit den Unruhen von 2005 und den gebrochenen Versprechen der Regierung beschäftigt hat, sind die Unruhen und die Wut in den Arbeitervierteln, angesichts der sozioökonomischen Bedingungen ihrer Bewohner, der angespannten Beziehungen zur Polizei und des Rassismus, legitim.

Seiner Meinung nach ist der einzig mögliche Ausweg aus dieser Krise die Rücknahme des Gesetzesartikels von 2017, der den Einsatz von Schusswaffen durch die Polizei erleichtert und legitimiert, auch wenn dies bedeutet, die immer mächtiger werdenden Polizeigewerkschaften zu verärgern.

**Mediapart: Nach diesen drei Nächten des Aufruhrs sind die Parallelen zum Herbst 2005 offensichtlich. Glauben Sie, dass dieser Vergleich angemessen ist?**

Michel Kokoreff: „Ich bin überrascht über die kollektive Amnesie. Ja, die soziale Geschichte der Unruhen wiederholt sich. Seit den 1970er Jahren sind alle städtischen Unruhen in Frankreich bis zu den Unruhen in Nantes 2018 nach demselben Muster verlaufen. Das heißt, ein junger schwarzer oder arabischer Jugendlicher stirbt infolge einer gewaltsamen Interaktion mit einem Polizeibeamten.“

Die daraus resultierenden kollektiven Emotionen führen zu Krawallen, Gewaltszenen und Zusammenstößen mit der Polizei. Die Weißen Märsche [Aufrufe zu friedlichen Demonstrationen] mahnten zur Ruhe, doch die Krawalle dauerten mehrere Tage an, angeheizt durch die Repression der Polizei und aufrührerische Äußerungen sowie autoritäre und verächtliche Gesten des Innenministers. Im Jahr 2005 dauerten die Unruhen fast drei Wochen an. Damals reaktivierte Premierminister Dominique de Villepin den Ausnahmezustand von 1955, der auf dem Höhepunkt des Algerienkriegs verhängt worden war. Mit der Rückkehr von Recht und Ordnung verschwanden die Lösungsversprechen mehr und die Vorhaben einer Ent-Ghettoisierung.

Diesmal sind wir noch nicht so weit, auch wenn sich die Lage in vielen Stadtvierteln seit dem Tag der Ermordung von Nahel und in den folgenden Nächten verschärft hat. Ich bin geneigt, einen Zusammenhang mit dem Leidensweg von George Floyd im Jahr 2019 herzustellen. Das Video von der Erschießung durch den Motorradpolizisten und seinen Kollegen in Nanterre zeigt ähnliche Polizeimisshandlungen wie in Minneapolis. Beweise [für polizeiliche Übergriffe] sind oft schwer zu erbringen, allerdings nicht in diesem Fall. Dies ist zweifellos der Grund für die Zurückhaltung der Behörden, die Kritik von Politikern (mit Ausnahme von Marine Le Pen) und von populären Sportlern und Künstlern. Im Jahr 2005 waren die Unruhestifter jedoch auf sich allein gestellt...“

### **Welche Kontinuität sehen Sie bei den Auslösern dieser Krawalle der letzten drei Nächte im Vergleich zu den früheren?**

„Die gleichen Ursachen führen zu den gleichen Effekten. Die sozialen Probleme bleiben dieselben und werden immer mehr: Armut, Arbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsplätze, Schulversagen und Schulabbruch sind strukturelle Ursachen, die von ethnisch-rassistischen Ursachen überlagert werden, mit dem Gefühl der Ausgrenzung, das damit einhergeht, Rassismus, Islamophobie, Diskriminierung aller Art, insbesondere die diskriminierenden Kontrollen, die als *“au faciès”* [wegen der Hautfarbe] bekannt sind.

Das Gefühl der Diskriminierung und die Schwierigkeit, einen festen Arbeitsplatz zu finden, werden durch die Logik der Ghettoisierung genährt, die durch die Stadterneuerungspolitik nicht durchbrochen werden konnte.

Und dann sind da noch die politischen Ursachen, nämlich die Tatsache, dass die Stadtpolitik, die lange Zeit ein sehr komplexes Sammelsurium war, seit François Hollande mit der Beerdigung des Borloo-Berichts durch Macron völlig aufgegeben wurde.

Zu den konjunkturellen Ursachen gehört das Gesetz von 2017, auf das ich nicht näher eingehen werde, das eine Büchse der Pandora ist, da es die Bedingungen für den Einsatz von Waffen durch Polizeibeamte ausweitet, so dass sich die Zahl der Erschießungen wegen der Weigerung Anordnungen Folge zu leisten, verdoppelt hat und das seit 2020 zu doppelt so vielen Todesfällen geführt hat wie im Durchschnitt der 2010er Jahre, wie die Online-Zeitschrift *„Basta!”* errechnet hat.

Ein weiterer Faktor ist schließlich die rechtsextreme Ausrichtung der Macht.“

### **Was bedeutet das?**

„Man muss sagen, dass wir uns in Frankreich in einem *faschistischen Moment* befinden. Ohne auf den Zeitraum 2016 bis 2023 zurückzugehen, lässt sich dies an der politischen Positionierung der Polizeigewerkschaften ablesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen sie der Kommunistischen Partei nahe, in den 1980er Jahren der Sozialistischen Partei und heute dem [rechtsextremen] Rassemblement National, oder manchmal noch Schlimmerem. Die Reaktionen von Alliance und France Police, die den Tod von Nahel begrüßen, sind verachtenswert. Gleichzeitig zeigen sie, wie sehr die öffentliche Sicherheit und die Polizei von den Mehrheitsgewerkschaften ebenso mitverwaltet werden wie vom Innenministerium. Im Jahr 2005 haben sie sich nicht auf diese Weise geäußert, und der Druck dieser Gewerkschaften, ihr Druck angesichts des Gesetzes von 2017, war viel schwächer.“

### **Verändert dies die Situation und die Art und Weise, wie diese Ereignisse wahrgenommen werden?**

„Im Jahr 2005 befanden wir uns noch im 20. Jahrhundert. Jetzt sind wir im 21. Jahrhundert, im Zeitalter der digitalen Revolution und der Gegenkommunikation. Während [der Mobilisierungen] der *Nuit debut* [2016] und der Gelbwesten wurden die sozialen Medien stark genutzt. Smartphones wurden viel genutzt und oft damit gefilmt, um eine Gegeninformation zur Polizeigewalt zu liefern, um zu zeigen, was die Fernsehsender der *kontinuierlichen Desinformation* offensichtlich nicht zeigten.

Die Jugendlichen in den beliebten Vierteln bleiben nicht zurück und nutzen diese Taktik, um Unruhe zu stiften und eine Gegenerzählung durchzusetzen. Die spielerischen Motive für diese Gewalt sind nicht die einzigen, die im Spiel sind. Ein Jugendlicher wurde brutal ermordet (es hätte jeder andere Jugendliche sein können), daher die Wut, die sich gegen den bewaffneten Arm des Staates richtete, der alle Formen der Herrschaft verdichtet. Das erinnert uns daran, dass Krawalle immer eine politische Bedeutung haben. Es geht nicht nur darum, gut auszusehen, sondern auch darum, die Wut und den Aufstand der Menschen zu zeigen, die, wenn nötig, Pyrotechnik einsetzen, um ihren Standpunkt zu verdeutlichen, mit einer Neuheit: dem Abfeuern von Mörsern.“

### **Hat es diese Art von Reaktion 2005 oder 2007 in Villiers-le-Bel nicht gegeben?**

„Es mag eine Anekdote sein, doch 2005 gab es sie nicht, genauso wenig wie sie bei den Demonstrationen vorkamen. In Villiers-le-Bel tauchten 2007 Luftdruckwaffen auf, aber das war wirklich eine Ausnahme. Aber hier schafft das Mörserfeuer eine Atmosphäre der Spannung: Es ist nicht nur sehr visuell und erzeugt virale Bilder, sondern ist auch eine Art Antwort auf die Überbewaffnung der Ordnungskräfte, die von der BRI [Anti-Gang-Brigade] ins Feld geschickt wurden. Im Grunde handelt es sich um eine Form des Widerstands, die von den Aufständen in Hongkong inspiriert ist. Die Mobilisierung findet über die sozialen Netzwerke statt.

**In verschiedenen Stadtvierteln wurden Rathäuser, Schulen, Mediatheken und soziale Zentren angegriffen, wobei immer wieder gegen die Zerstörung von öffentlichen Dienstleistungen, die den Bewohnern zugutekommen, polemisiert wird. Warum ist diese Rhetorik so weit verbreitet und wie kann man darauf reagieren?**

Die Jugend aus den Arbeitervierteln greifen die öffentlichen Dienste an, weil sie zusammen mit der Polizei die einzige Spur staatlicher Macht darstellen. Sie zu zerstören ist eine Reaktion, auch wenn sie Teil einer verständlichen selbstzerstörerischen Logik ist. Wie können sie sich sonst Gehör verschaffen? Historisch gesehen mögen wir in Frankreich die Anwendung politischer Gewalt nicht, weil sie uns notwendigerweise illegitim erscheint. Aber in Südafrika, in den Vereinigten Staaten war es die Gewalt, die die Dinge in Bewegung gesetzt hat, ganz zu schweigen von den Gelbwesten, auch wenn sie nicht viel erreicht haben.

Der Sinn von Unruhen ist, dass sie Dinge deutlich machen, dass sie Probleme öffentlich sichtbar machen. Nicolas Sarkozy hat 2007 seine Minister für Vielfalt nicht zufällig ernannt. [Diese Unruhen] haben auch gezeigt, wie sehr sich die Linke von den Stadtvierteln, die sie im Stich gelassen hat, entfernt hat.“

**Im Jahr 2005 fühlten sich die Bewohner der Arbeiterviertel sehr einsam. Ist es heute, im Kontext der Repression gegen die *Soulèvements de la Terre* und die als Öko-Terroristen betrachteten Umweltaktivisten, möglich, eine Verbindung zwischen beiden herzustellen und die Situation zu ändern?**

„Ja, es gibt ein unmittelbares Echo zwischen der einen und der anderen Form der Repression; sogar am Dienstagabend auf der Place de la République in Paris, bei der Kundgebung zur Unterstützung der *Soulèvements de la Terre*, brachten mehrere Redner ihre Solidarität zum Ausdruck, nicht nur mit der Familie von Nahel, sondern wiesen auch auf die systemische Verbindung zwischen staatlicher Gewalt in beiden Fällen hin.

Doch dieses Echo reicht nicht aus. Es bleibt ein kompliziertes Verhältnis – vielleicht ein Klassen- und Rassenverhältnis – zwischen den Aktivisten des intellektuellen Kleinbürgertums und den Bewohnern, die auch Aktivisten sein können, von Arbeiter-, Unterschichts- und rassifizierten Vierteln.

Erstere sind mit der Kolonial- und Einwanderungsgeschichte der Vorstädte nicht vertraut, was es schwierig macht, die Grenze zwischen beiden zu überschreiten. Und dies, obwohl die Machthaber seit dem Mai '68 befürchten, dass Bauern, Arbeiter und Studenten zusammenarbeiten und dass diese Diagonale der Wut zur Entstehung einer *Klassenfront* führen wird. Auch wenn es in der Praxis schwierig ist, diese Solidarität herzustellen und aufrechtzuerhalten, kann sie dazu beitragen, die *Fronten* gegen eine unnachgiebige Regierung *zu verschieben*.“

**Ohne riskante Prognosen zu wagen: Kann diese Revolte von Dauer sein? Wie kommt man aus der Krise heraus?**

„Wenn wir von einem Flächenbrand sprechen, spielen wir mit dem Feuer; das ist das, was wir selbsterfüllende Prophezeiungen nennen. In Wirklichkeit werden die politischen Reaktionen entscheidend sein: Wird die Exekutive die Situation weiter schwelen lassen, um ihr Gerede von Ordnung zu legitimieren, oder wird sie hart durchgreifen? Drei Beispiele wurden genannt: dass der Mordfall Nahel nicht, wie von den Anwälten der Familie gefordert, vor dem nächstgelegenen Gericht verhandelt werden soll; ein weiteres zentrales Thema ist die Rücknahme des Gesetzes von 2017, das die Bedingungen für den Einsatz von Schusswaffen durch Polizeibeamte ausweitet und verschwimmen lässt. Schließlich wird seit Jahren die Einrichtung einer



externen, unabhängigen Polizeiaufsichtsstelle gefordert, die nicht wie die derzeitige Generalinspektion der Nationalen Polizei (IGPN) Richter und Jury ist. Schauen Sie sich nur an, was unsere Nachbarländer tun. Aber ist das im derzeitigen politischen Klima überhaupt möglich?“

**(Übersetzung aus dem Spanischen: Gewerkschaftsforum Hannover)**

„Contropiano“ 5. Juli 2023 (10:29)

# Frankreich: Die Krämpfe einer Demokratie im Dämmerzustand

Giacomo Marchetti

Aktualisierung: Ein 27-jähriger Mann ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag in Marseille an den Folgen eines "heftigen Schocks in der Brust" gestorben, der vermutlich durch ein von der Polizei verwendetes Projektil vom Typ "Flashball" verursacht wurde.

Dies teilte die Staatsanwaltschaft von Marseille mit.

Dieselbe Staatsanwaltschaft weist darauf hin, dass "in dieser Nacht in der Gegend Unruhen und Plünderungen stattfanden, wobei nicht feststellbar ist, ob das Opfer daran beteiligt war oder nur in der Gegend unterwegs war".

Die Ermittlungsergebnisse", so eine Quelle bei der Staatsanwaltschaft von Marseille, "lassen es als wahrscheinlich erscheinen, dass der Tod durch einen heftigen Schlag auf den Brustkorb verursacht wurde, der durch eine Kugel vom Typ "Flashball" verursacht wurde. Die Quelle bestätigt Berichte, die von der regionalen Tageszeitung „La Marseillaise“ und der Wochenzeitung „Marianne“ verbreitet wurden.

Der "Aufprall" der Kugel "verursachte einen Herzstillstand und damit den Tod binnen kurzer Zeit", fügte die Staatsanwaltschaft hinzu und präziserte, dass sie "eine Untersuchung wegen tödlicher Verletzungen durch den Gebrauch oder die Drohung mit einer Waffe" eingeleitet habe.

Marseille, die zweitgrößte Stadt Frankreichs, war am Wochenende Schauplatz schwerer Zusammenstöße zwischen der Polizei und Gruppen von jungen Demonstranten sowie von Plünderungen. Nach den gewalttätigen Zusammenstößen in der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde ein großes Polizeiaufgebot beschlossen.

Quelle: ((die italienische Nachrichtenagentur)) ANSA

\*\*\*\*\*

Mit einem Witz, der in den sozialen Medien in Frankreich zirkuliert, könnte man sagen, dass eine Woche nach der Ermordung des 17-jährigen Jungen durch die Polizei nur seine Eltern, die sozialen Netzwerke, die Videospiele und "La France Insoumise" die einzigen Beschuldigten sind.

Vor der Nationalversammlung erklärte Premierministerin Elizabeth Borne, die Antwort sei die "*Mobilisierung der Ordnungskräfte*" – seit dem Wochenende sind 45.000 Beamte von Polizei und Gendarmerie im Einsatz, das heißt ein Viertel des gesamten verfügbaren Personals –, die "*Härte bei der strafrechtlichen Reaktion*" in den Prozessen, die zu harten Verurteilungen der sehr jungen Menschen führen, das "*Zur-Verantwortung-Ziehen der sozialen Netzwerke*" und schließlich die Erinnerung der Familien der Minderjährigen an ihre elterliche Verantwortung.

Kein Wort über die *strukturellen Ursachen* für den Ausbruch der Unruhen am vergangenen Dienstag.

Borne, der das Trommelfeuer gegen die Vertreter von *La France Insoumise* fortsetzte – die sich schuldig gemacht hatten, die Gewalt der Aufständischen nicht verurteilt zu haben und die Geschehnisse als "*Revolte*" bezeichnet zu haben – bekräftigte, dass die LFI "*nicht zum republikanischen Lager gehört*".

Dies, obwohl die Regierung keine kritischen Stimmen gegen die Mitteilung der größten Polizeigewerkschaft (Alliance) erhob, die zusammen mit der Gruppe der UNSA-Beamten in einem offiziellen Kommuniqué erklärt hatte, dass sie sich "*im Krieg gegen eine wilde Horde*" befinde.

Am Tag des Kommuniqués beschönigte Justizminister Dupont-Moretti die Erklärung und erklärte, es handele sich um eine Frage der "*Gewerkschaftsfreiheit*".

Ebenso wird über die von den Ordnungskräften unterstützten neofaschistischen Gruppen geschwiegen, die seit Tagen in verschiedenen Städten "*Jagd auf Araber*" machen, wie eine Recherche von „*Mediapart*“ gut dokumentiert hat.

Die von dem Neofaschisten Jean Messiha, dem ehemaligen Sprecher von ((Eric)) Zemmour ((dem rechtsextremen Journalisten und Präsidentschaftskandidaten vom April 2022, wo er rund 7% der Stimmen erhielt)), ins Leben gerufene Spendenkampagne zugunsten des Polizisten, der Nahel getötet hat, erbrachte 1,5 Millionen Euro und wurde am Dienstag um Mitternacht abgeschlossen.

Kurz gesagt, in Frankreich wird – den Videos und auch den Aussagen derer, die mit ihm im Auto saßen zufolge – ein Polizist, der einen aufgebracht Minderjährigen bei einer Kontrolle tötet, nachdem er ihn vorher bedroht und angegriffen hat, zum Millionär!

Am Dienstag traf sich der französische Präsident Macron mit den Bürgermeistern der rund 250 Gemeinden, die in der vergangenen Woche von den Unruhen betroffen waren, und versprach die Verabschiedung einem „*Dringlichkeitsgesetz*“ für den Wiederaufbau der beschädigten oder zerstörten öffentlichen Gebäude.

Im Großraum Paris sind 140 Gemeinden betroffen, also etwa ein Zehntel, und keine mittelgroße Stadt und kein Überseegebiet (DOM-TOM) blieb von den Unruhen verschont.

Die ersten Zahlen über die Ereignisse in der Woche nach der Ermordung von Nahel M. A. Nanterre liegen vor.

Vom 27. Juni bis zum 3. Juli wurden 3.486 Personen verhaftet, ein großer Teil davon sehr jung: Die verschiedenen journalistischen Untersuchungen gehen davon aus, dass an den Unruhen bereits 12/13-Jährige beteiligt waren.

1.105 Gebäude wurden angegriffen, darunter 289 Polizeireviere und Gendarmerie-Gebäude sowie 370 Bankfilialen.

Insgesamt gab es 12.202 Brände "im öffentlichen Raum".

808 Beamte wurden verletzt.

Bemerkenswerte Zahlen, über die noch genauer nachgedacht werden sollte, die aber von der Exekutive umgangen werden, indem diejenigen kriminalisiert werden, die – wie Jean-Luc Mélenchon – die Gründe für diesen Volksaufstand hervorheben, und indem Analysen ignoriert werden, die die Situation des Teils der subalternen Klassen, der in den *Banlieues* lebt, hervorheben: Unsichere Arbeitsplätze, städtische Segregation, institutioneller Rassismus und eine kulturelle "*Stigmatisierung*", die sich in einem großen Teil der öffentlichen Meinung festsetzt und von den "*berufsmäßigen Unternehmern des Rassismus*" geschürt wird, die ihn zu einer Form des politischen Aufstiegs und des Einkommens gemacht haben, wie die Familie Le Pen.

Beginnen wir mit einem besonders beunruhigenden Aspekt.

Was wir gesehen haben, war ein beeindruckender Einsatz von Ordnungskräften mit der Mobilisierung von Männern und Mitteln der Spezialeinheiten: der Brigade de Recherche et d'Intervention (BRI), Recherche, Assistance, Intervention, Dissuasion (RAID) und der Groupe d'Intervention de la Gendarmerie Nationale (GIGN) (*die GIGN ist der GSG 9 vergleichbar!*)).

Am Donnerstag, den 29. Juni 2023, hat Innenminister Darmanin die Gendarmerie angewiesen, die Aufgaben der normalen Polizei zu übernehmen, und anschließend die Spezialeinheiten beider Korps eingreifen zu lassen.

Eine Kraftprobe, sowohl in operativer als auch in psychologischer Hinsicht, das über die schlichte "*Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung*" hinausging, die darauf abzielte, die Demonstranten auf Distanz zu halten, und die Konfrontation mit den gepanzerten Fahrzeugen der RAID und des BRI sowie dem riesigen 4x4 Centaure (14,5 Tonnen schwer und 7,4 Meter lang) sowie den Hubschraubern, die ab 19 Uhr alle sensiblen Bereiche überwachten, einschloss.

Ein echter "Aufstandsbekämpfungskrieg in einem städtischen Umfeld", kurz gesagt.

RAID und BRI durften die Munition "*Bohnsensäcke*" verwenden, die Ende 2021 bei den Emeuten (*Unruhen*) in Guadeloupe und auf den Westindischen Inseln sowie

bei der Operation "Wuambushu" gegen die illegale Einwanderung in Mayotte zum Einsatz kamen – eine echte Episode der *urbanen Kriegsführung*.

Präziser und weitreichender als die LBDs - die berüchtigten "Gummigeschosse" - werden sie auch wegen der Gefahr von schweren Verletzungen kritisiert.

Und tatsächlich liegt in Mont-Saint-Martin ein 25-jähriger junger Mann im Koma, nachdem er von einem Mitglied der RAID von einem dieser Geschosse getroffen wurde, woraufhin die interne Polizeikontrollstelle (IGPN) eine Untersuchung wegen "*vorsätzlicher Gewalt*" eingeleitet hat.

Es handelt sich um ein weiteres "genehmigtes" militärisches Mittel im Rahmen der neuen Verwaltung der öffentlichen Ordnung im Falle von Gewalt in den Städten, das in den Überseegebieten erprobt wurde und das – mit einer Dynamik, die wir bereits erlebt haben – bei anderen Demonstrationen "normal" werden könnte.

Die Hauptaufgabe der Elitetruppen war die Durchführung von Massenverhaftungen: fast 3.500 in weniger als einer Woche.

Obwohl der von den Gaullisten und der extremen Rechten geforderte "*Notstand*" nicht ausgerufen wurde, war der Grad der Militarisierung paradoxerweise höher, und alle verfügbaren Instrumente wurden mit großer Schnelligkeit eingesetzt, ein Zeichen für einen geplanten *Modus Operandi* in dieser Art von Fällen.

Man hat zwar keinen "*Plan für die Vorstädte*", wie es die vorherige Macron-Präsidentschaft mit dem Dossier des ehemaligen Ministers Jean-Louis Borloo getan hat, aber man plant sehr wohl eine militärische Intervention für den Fall eines Aufstandes in den Vorstädten.

Betrachten wir einen zweiten Aspekt, dessen Auswirkungen wir im Laufe der Zeit sehen werden.

Wenig beleuchtet wurde was in der Zwischenzeit im Maghreb passiert ist, dessen Bevölkerung die Ereignisse in Frankreich mit großer Aufmerksamkeit verfolgte, und die sehr harschen Reaktionen einiger lokaler Zeitungen, wie der algerischen *El Khabar* (dem Herkunftsland von Nahels Familie und der ersten Herkunftsgemeinde der Einwanderung nach Frankreich), die schrieb: "*Frankreich weigert sich – wieder einmal – seine Fehler einzugestehen.*"

Worte wie Steine.

*"Eine dramatische Tatsache konfrontiert Frankreich mit seiner hartnäckigen Weigerung, eine gewaltsame koloniale Vergangenheit einzugestehen. Frankreich grenzt weiterhin Generationen von Einwanderern aus. Es lehnt die Franzosen, die alle Rechte genießen, ab, obwohl sie auf dem Territorium geboren sind."*

Bürger zweiter Klasse, kurz gesagt.

Zyed Krichen, Radioreporter der tunesischen „*Midi Show*“ und Redakteur der Tageszeitung „*Le Maghreb*“, sagte während der Live-Sendung: "*Es geht nicht nur um das Verhältnis der Polizei zu den Bürgern, sondern auch um das Verhältnis dieses*

*Landes zu den Einwanderergenerationen. Wir sprechen über das 'republikanische Modell', doch das Gefühl von 'Hogra' [ein Begriff, der Verachtung, Ausgrenzung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung bezeichnet, Anm. d. Ü.] ist sehr präsent.“*

Wir erinnern daran, dass etwa eine Million Tunesier (ein Zehntel der Bevölkerung) in Europa leben, ein großer Teil davon in Frankreich.

Was geschehen ist, ist ein weiterer *"Bruch"* zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers. Die Europäische Union – und nicht nur Paris – geht daraus mit gebrochenen Knochen hervor, was ihre Fähigkeit anbelangt, attraktiv zu sein oder sich in den Augen von Millionen von Maghrebinern als *Garten* im Vergleich zu *"ihrem" Dschungel* zu präsentieren.

Dritter Aspekt:

Die Arbeiterviertel sind einmal mehr die *"Anlaufstelle"* für diejenigen, die Frankreich regieren, indem sie in Bezug auf die Subalternen Begriffe aus dem 19. Jahrhundert verwenden oder weitergeben; Definitionen, die auf eine vorliberale Auffassung der sozialen Frage zurückgehen, in der die Arbeiterklasse *tout court ((generell)) "gefährlich"* war.

Klassen, gegen die ein echter Krieg geführt werden muss (ein *"kinetischer"*, wie die Militärs sagen würden), wenn sie sich auflehnen.

Wie Erwan Ruty in einer *Tribüne* der französischen Zeitung *"Le Monde"* schrieb: *"Die Macht hat sich zu einer bürokratischen Megamaschine verdünnt, mit der die schwachen assoziativen Zwischenorgane kein Projekt von Dauer mehr aufbauen können."*

Es gibt ein Vakuum, eine *"Schattenzone"*, in der der Staat alle seine Funktionen aufgegeben hat und nur die repressiven behält, die er dann über den gesamten Klassenkörper ausübt.

**(Übersetzung aus dem Italienischen + Anmerkungen in doppelten Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover)**